

Projektbericht/Dossier Politische Konjunkturanalyse Januar 2023

von Uta Grunert



10. März Demonstration in Sao Paulo nach Putschversuch Foto: Gian Martins / Mídia NINJA (CC BY-NC 2.0)

Schwerpunkt:
Brasilien zwischen Amtseinführung
und Putschversuch

Inhalt:

Schwerpunkt: Brasilien zwischen Amtseinführung und Putschversuch Seite 1

Aktuelles aus Brasilien:

Lulas Regierung startet	Seite 4
Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit Svenja Schulze auf Antrittsbesuch in Brasilien: 200 Mio. Euro für Sofortprogramm mit Brasilien	Seite 6
Brasilien produziert in Pernambuco als erstes südamerikanisches Land grünen Wasserstoff	Seite 7
Die Humanitäre Krise bei den Yanomami, Bolsonaros Erbe und die Spur des Goldes	Seite 8

Aktuelles aus Deutschland und Europa Seite 9

Die Erstellung des Dossiers wurde



Schwerpunkt:

Brasilien zwischen Amtseinführung und Putschversuch

Die Gefahr eines Putsches war rund um die Präsidentschaftswahlen in Brasilien 2022 immer wieder beschrieben worden, für den Fall, dass Bolsonaro abgewählt würde. Lula gewann die Wahl, doch dann blieb es erst mal ruhig.

Mit großer Erleichterung haben viele die Amtseinführung von Präsident Inácio Lula da Silva zum Jahresbeginn 2023 verfolgt. Seine Wiederwahl verspricht einen Neuanfang für Brasilien, wobei die Machtverhältnisse mit denen er regieren muss herausfordernd für progressive Ideen sind. Die finanziellen Mittel sind knapp und dennoch weht auf einmal ein anderer politischer Wind.

Lula hat bei seiner Antrittsrede betont, dass in seiner Amtszeit die Befriedung und der Zusammenhalt der Bevölkerung wiederhergestellt werden müssen. Die Bevölkerung ist durch tiefe Gräben gespalten und von Hass, Ideologie und Angst geleitet. Der politisch Andersdenkende ist ein Feind, der bekämpft werden muss. Lula hat bei seiner Amtseinführung die Vielfalt Brasiliens ins Bild geholt, die ihm wichtig ist und die er repräsentieren wird. So waren an seiner Seite u.a. eine Müllsammlerin und ein Indigener, die ihm die Präsidentschärpe überreichten.

Hunderttausende verfolgten und bejubelten in Brasilia die Zeremonie und den neuen Präsidenten, der die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Hunger oben auf seiner Agenda stehen hat. Lula bekennt sich zu einer Klimapolitik, die illegaler Entwaldung den Kampf ansagt und vom Agrarbusiness degradierte Flächen regenerieren will. Diese Erwartung hat allerdings bereits dazu geführt, dass sich in vielen Bundesstaaten des Amazonasgebiets der Kandidat aus dem Bolsonarolager durchsetzen

konnte. Per Dekret wurde ein Ministerium für Indigene Fragen ins Leben gerufen, das von Sônia Guajajara als Ministerin geführt wird. Sie hat in den zurückliegenden Jahren politische Erfahrung als Sprecherin des Indigenenverbands APIB gesammelt und startet nun in der Bundespolitik. Dem Ministerium eingegliedert werden die Indigenenbehörde FUNAI (zuständig für territorialen Schutz und Demarkierung) sowie der Conselho Nacional de Política Indigenista (CNPI), ein beratendes Gremium. Außerdem werden Sekretariate geschaffen, die die Interessen unkontaktierter Völker, Umwelt- und Klimagerechtigkeit und Buen Vivir, kontextualisierte Bildung und Kulturerhalt sowie Territorialkonflikte bearbeiten sollen.

Ein hoffnungsvoller Anfang. Aber nur wenige Tage später gehen ganz andere Bilder aus Brasília um die Welt. Rund 3000 randalierende Brasilianer*innen aus dem rechten Bolsonarolager waren mit organisierten Busladungen aus dem ganzen Land nach Brasília gereist und stürmen am 8. Januar die Regierungsgebäude. Hausfriedensbruch, Brandstiftung, Vandalismus im politischen Zentrum der Demokratie des Landes. Trumps Amerika lässt grüßen. Ein Meer aus Personen in Nationalfarben schlägt die politischen Institutionen in Scherben, hinterlässt Schutt und Asche. Die Mehrzahl der Personen ist weißer Hautfarbe, mittleren Alters, viele Männer. Die späteren Festnahmen zeigen jedoch, dass auch Familien und ältere Menschen unter den Protestierenden waren. Wahlfälschung und -betrug lautet ihr Vorwurf, oder besser die Wiederholung der Worte des Ex-Präsidenten. Die Polizei ist dem Ansturm nicht gewachsen, Videos lassen vermuten, vereinzelt dulde sie ihn sogar. Später wird der Gouverneur des Distrikts Ibaneis Rocha (MDB) für 90 Tage seines Amtes enthoben, er war ein Verbündeter des Ex-Präsidenten Bolsonaro. Inzwischen ist er festgenommen, genauso wie der Sicherheitschef Anderson Torres, der seinen Hut nehmen muss. Der Chef der Militärpolizei Fabio Augusto wird durch einen Bundesrichter zuerst entlassen und anschließend zu Haft verurteilt. Unter der Regierung Bolsonaro war er Justizminister gewesen. Der Sturm auf den Präsidentenpalast, Kongress und den Obersten Gerichtshof sei nur mit Zustimmung des Gouverneurs und anderer politischer Kräfte möglich gewesen, argumentierte Bundesrichter Alexandre de Moraes. Im Laufe der Ermittlungen wurde deutlich, dass es Aufrufe über Telegram-Gruppen und Whatsapp gegeben habe. Welche Rolle Bolsonaro selbst dabei gespielt hat, wird sich noch zeigen. Hatte er doch 2021 beim Sturm auf den US-amerikanischen Kongress die Verurteilung der Tat vermieden und Ankündigungen verbreitet, er werde seine Abwahl nicht akzeptieren. Der Oberste Gerichtshof und der Kongress waren zudem immer wieder politische Institutionen, die gegen seine Interessen standgehalten haben und von ihm öffentlich diffamiert wurden.

Die neue rechte Bewegung in Brasilien hat während Bolsonaros Amtszeit stark zugenommen und sich schnell in eine ideologische Parallelwelt verabschiedet, die argumentativen Mitteln kaum noch zugänglich ist. Ihre Wahrheit empfängt sie innerhalb der eigenen Blase in sozialen Medien und evangelikal fundamentalistischen Gemeindegemeinden. Sie vereint eine Weltsicht, die den demokratischen Regeln der Gewaltenteilung und ihren Amtsträger*innen nicht mehr zutraut, Lösungen für Probleme zu finden und die Gesamtbevölkerung damit zu überzeugen. Traditionalismus gegen Globalismus lauten die Kampfbegriffe. Bolsonaro hat seine Anhängerschaft über die sozialen Medien genährt mit dem Zweifel an einem korrekten Wahlausgang – im Falle, dass er selbst die Wahl nicht gewinnen sollte. Politikwissenschaftler*innen weisen immer wieder darauf hin, dass nicht die ganze Wählerschaft Bolsonaros automatisch faschistisch sei. Allerdings belegen Autoren wie z.B. Niklas Franzen in seinem Buch „Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte“, dass es einflussreiche rechte Kräfte gibt, die sehr bewusst und geschickt die Kommunikation über soziale Medien und darüber die Identität eines Großteils der brasilianischen Bevölkerung durchdrungen haben. Sie hätten aus Politik ein Gefühl gemacht und stellten die Zugehörigkeit zu etwas Größerem dar. Die Pfeiler ihres Wertekanons bestehen aus einer reaktionären Verbrämung von Religion, Vaterland und Familie. Ihre Erzählung von der Bekämpfung des bösen Kommunisten, vom

antimoralischen und antichristlichen Gegenspieler haben genauso verfangen wie die Selbstermächtigung, mit Gewalt gegen den politischen Gegner und das vermeintlich verlogene demokratische System vorzugehen. Innerhalb des eigenen Wertesystems gilt es als opportun, in indigene Gebiete einzudringen und diese auszubeuten, als Goldgräber und Bergbauunternehmen Wald- und Umweltschutzregeln zu missachten, mit Waffengewalt Selbstjustiz zu üben, Abtreibung und sexuelle Selbstbestimmung sowie die LGBTIQ*Community zu bekämpfen. Diese neue rechte Ideologie findet Unterstützer*innen in den USA genauso wie in Europa. So hat Stephe Bannon, der Ex-Berater von Trump sich öffentlich positiv zu den Vorfällen in Brasilien geäußert, die denen in den USA 2021 so deutlich gleichen. Er ist eng mit dem Bolsonaro-Clan verbunden, genauso wie die AfD Politiker*in Beatrix von Storch, die 2021 auf Staatsbesuch in Brasilien war.

Problematisch bleibt insgesamt die Rolle der Streitkräfte in der Anbahnung des Vorfalles. So wurde in Brasilia über zwei Monate ein Protestcamp vor dem Hauptquartier des Militärs toleriert, also auf militärischem Sicherheitsgelände. Die Bilder davon gingen durch die sozialen Netzwerke und haben die Idee eines möglichen Militärputsches befördert. Allerdings ist der Plan der Rechten in Bezug auf die Militärs und Sicherheitskräfte insgesamt nicht aufgegangen. Ziel war es, so viel Chaos und Unruhe zu stiften, dass die Militärs sich zum Eingreifen genötigt gesehen hätten. Das wäre das Signal gewesen, die neue Regierung sei unfähig, die Aggression zu stoppen und das Land in rechtsstaatliche Bahnen zurückzulenken. Der Einfluss der Militärs hat unter der Bolsonaroregierung enorm zugelegt, z.B. über die Besetzung von Ämtern. Analysten wie Christoph Harig haben jedoch immer wieder bestätigt, dass das Militär nicht geschlossen hinter Bolsonaro stand – und schon gar nicht einen Staatsstreich für ihn mittragen würde. Allerdings bleibt ein ungutes Gefühl, denn die Militärs haben im Konflikt auch kein lautstarkes Bekenntnis zur Demokratie abgegeben. Sie haben den Protest und zunehmenden Konflikt eher ausgesessen, was dem neuen Verteidigungsminister José Múcio Monteiro keinen einfachen Start mit der Truppe verursacht. In der Aufarbeitung des als terroristisch eingestuften Übergriffs hat Lula durchgegriffen und den Kommandanten des Heeres ersetzt. Ein Akt, der klarstellen soll, dass hier nur richtig ist, wer das demokratische Wahlergebnis, den Mehrheitswillen und den neuen Präsidenten mitträgt. Die autonome Machtstellung des Militärapparats wird dadurch beschnitten und bewusst unter die politische Führung des Präsidenten zurückgeholt. Es kriselt weiter zwischen Präsident und Militär, letztes will vor allem die Privilegien erhalten, die es unter der Vorgängerregierung erhalten hat.

Es rächt sich jedenfalls immer wieder, dass es in Brasilien nie eine vollständige Aufarbeitung der Militärdiktatur von 1964-1985 gegeben hat. Dieser blinde Fleck in Bezug auf die brasilianische Vergangenheit ist bei Teilen der Bevölkerung sehr verbreitet und er hat auch den abgewählten Präsidenten während seiner Amtszeit zu Lobliedern auf Folterer und Mitverantwortliche der Militärdiktatur veranlasst, weil sie gegenüber ihren politischen (oft linken) Gegner*innen brutal durchgegriffen haben.

Präsident Lula ist am 8. Januar nicht in Brasilia, er verurteilt den Angriff aufs Schärfste und spricht von Sicherheitslücken. Aber auch davon, dass die Täter*innen gefunden und bestraft werden. Direkt nach dem Angriff werden 1.500 Personen verhaftet, von denen jedoch 600 nach wenigen Tagen wieder frei kommen. Über 700 Festgenommene sind noch in Untersuchungshaft, 500 werden in eine Strafanstalt in Brasilia überführt. Die Aufräumarbeit führt auch zu einem Erlass des Präsidenten, der 40 Mitglieder des brasilianischen Militärs von ihrer Tätigkeit im Präsidentenpalast entbindet. Der Präsident muss sicherstellen, dass er nicht von potenziellen Putschist*innen umgeben ist, damit sich die Lage beruhigen kann und er sicher regieren kann. Am 17. Januar leitete die Generalstaatsanwaltschaft eine Untersuchung ein, um die mögliche Mittäter*innenschaft von Militärs und Politiker*innen zu klären. Unterstützung und Finanzierung des terroristischen Akts wird auf Seiten der Industrie- und Wirtschaftszweige vermutet, die Bolsonaros Politik am meisten

unterstützt und ausgebaut hat¹: Die Agrarindustrie, die Waffenproduzent*innen und -lobby sowie andere Unternehmenszweige, die von ihm profitiert haben. Der Oberste Gerichtshof untersucht zudem die geistige Mittäterschaft des ehemaligen Präsidenten, der seine Anhängerschaft anhaltend im Glauben gelassen hat, die Wahl sei unrechtmäßig gewesen.

Der abgewählte Ex-Präsident hatte sich zum Jahresende in die USA abgesetzt und ist der Amtseinführung Lulas ferngeblieben. Bis heute hat er seine eigene Wahlniederlage nicht anerkannt und mit seiner Rhetorik seine Anhänger*innen immer weiter gegen den amtierenden Präsidenten aufgestachelt. Viele Brasilianer*innen fordern rechtliche Schritte gegen ihn wegen seiner Versäumnisse in der Corona-Pandemie. Seine Rückkehr wird Anfang Februar erwartet.

Nach den zerstörungswütigen und demokratiefeindlichen Übergriffen im Regierungsviertel ist Lulas Ansehen bei Unternehmern gestiegen, Bolsonaro hat sich weiter diskreditiert. Als Finanzgeber werden Agro-Unternehmen und Speditionen vermutet, die aus Lulas Regierung nun starken Gegenwind für ihre Interessen vermuten. So haben sich laut NZZ die beiden Landwirtschaftsverbände Aprosoja (Verband der Sojaproduzenten) und der konservative Landwirtschaftsverband CNA auch Tage danach nicht von dem Angriff auf die Institutionen distanziert bzw. diesen verurteilt.

Eine Untersuchung von Quaest zeigte erst vor wenigen Tagen, dass der Riss durch die Bevölkerung sich weiterhin parallel zum Wahlergebnis widerspiegelt und dass sich daran auch nach der Wahl nichts geändert hat. Es gibt also keinen Bonus für den neuen Präsidenten bei knapp der Hälfte der Wähler*innen. Dass eine kleine Gruppe der Verlierer*innen aber mit Gewalt und Zerstörung agieren und sich dabei im Recht fühlen, ist ein herber Schlag für die fragile Demokratie Brasiliens. Auch wenn die Lage mit Hilfe der Bundespolizei mittlerweile unter Kontrolle ist und für die Täter*innen Folgen haben wird, bleibt Brasilien im Alarmzustand.

Die brasilianische Linke hat landesweit mit Protesten reagiert. Auch international gab es zahlreiche Stellungnahmen und Verurteilungen des undemokratischen Vorfalles. Innenpolitisch hat Lula schnell das Ruder übernommen und seine Machtbasis z.B. bei Unternehmer*innen ausbauen können, die eine Destabilisierung des Landes fürchten und ablehnen. Alle Gouverneure stehen an seiner Seite, auch die, die früher Bolsonaro nahestanden. Es kann also sein, dass die Übergriffe sich politisch sogar für ein Umdenken nutzen lassen.

Aktuelles aus Brasilien

Lulas Regierung startet

Im Oktober/November 2022 wurde in Brasilien ein neuer Präsident gewählt, der ein alter Bekannter im Amt ist. Luiz Inácio Lula da Silva steht im Parlament einer starken Opposition gegenüber und ist auf lagerübergreifende politische Bündnisse dringend angewiesen. Nur 10 der 27 Gouverneure sind dem Lula – Lager zuzurechnen². An ein Durchregieren ist daher nicht zu denken und die Ausgangssituation für den neuen alten Präsidenten deutlich anders als bei seinen zurückliegenden Amtsantritten. Man kann sich schon jetzt ausrechnen, dass er Zugeständnisse an das gegnerische politische Lager machen müssen wird. Es wird nicht einfach.

Lulas Regierung startet mit 37 Minister*innen, von denen 11 Frauen sind. Die neue Führung soll Ausgewogenheit und Vielfalt widerspiegeln. 11 schwarze Personen sind Minister*innen, was für

¹ <https://outraspalavras.net/direita-assanhada/boaventura-aconexoes-externas-do-golpismo/>

² https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A81_LulasRueckkehr.pdf

Brasilien ein wichtiger Schritt ist auf dem Kampf für mehr Gerechtigkeit und die Anerkennung seiner kolonialen Vergangenheit. Es wird ein anspruchsvolles Regieren, schon allein wegen der großen Anzahl an Ministerien mit unterschiedlichen Partikularinteressen. Es ist die zweitgrößte Regierungsriege seit dem Ende der Militärdiktatur. Fernando Haddad von der Arbeiterpartei wird Finanzminister. Der ehemalige Oberbürgermeister von São Paulo und Bildungsminister unter Lula ist bislang aussichtsreicher Kandidat für eine Nachfolge Lulas, hat diesen bereits mit Achtungserfolg bei der vorletzten Wahl ersetzt. Es wird keine einfache Aufgabe, die staatlichen Finanzen stabil zu halten, zumal Bolsonaro den Haushalt 2023 bereits im Wahlkampf belastet hat und weiterhin die unter Temer festgeschriebene Deckelung öffentlicher Ausgaben fortbesteht.

Neben dieser Besetzung aus dem linken Politikspektrum kommen zwei Konservative zum Zuge. Lula muss ausgewogen reagieren, um neue Bündnisse schmieden zu können. Simone Tebet hatte ihm im zweiten Wahlgang ihre Stimmen übertragen. Die Gouverneurin von Mato Grosso do Sul übernimmt das Ministerium für Planung, Budget und Verwaltung. Sie bringt liberalere Wirtschaftsinteressen in das Amt mit und hat sich dennoch kooperativ gezeigt. Mächtiger Mann an ihrer Seite ist der vierfache Gouverneur São Paulos und Lulas Vizepräsident Geraldo Alckmin, der nun das Entwicklungs-, Industrie- und Außenhandelsministerium innehat. Sein Ziel ist es, Brasilien wieder wettbewerbsfähig zu machen. Er hat zudem die Verhandlungen für die Regierungsbildung geführt. Das Land aus der Rezession zu führen und die Wirtschaft neu anzukurbeln, ohne erneut in den Modus eines Primärerzeugnislieferanten zu verfallen, wird für Lula und Brasilien die große Herausforderung werden. Das Sozialministerium unter Wellington Dias hat ebenfalls einen Entwicklungsanspruch. Hier sollen Lösungen für die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit entstehen. Wichtig für die Bekämpfung des Hungers ist die Restaurierung des MDA (Ministeriums für kleinbäuerliche Entwicklung, auch für Kleinfischereiwesen zuständig). Hier werden Akteur*innen in die Politik eingebunden, die auch an der Basis Vertrauen genießen – wie Paulo Teixeira und Edegar Preto. Unter ihnen werden erfolgreiche Programme wie das CONAB (Companhia Nacional de Abastecimento, Nationales Versorgungsamt, das z.B. Lebensmitteln aus kleinbäuerlicher Tradition für Schulspeisungsprogramm abnimmt) angesiedelt und die Zusammenarbeit mit traditionellen Gemeinschaften gestärkt.

Lula will erneut den Staat stärken, neue Schulden aufnehmen, um Investitionen tätigen zu können und Sozialpolitik finanzieren zu können. Dabei setzt er jedoch wieder auf Öl und Gas, was in seiner letzten Amtszeit mit dramatischen Korruptionsvorwürfen endete und als Misserfolg verbucht werden muss.

Anielle Franco übernimmt das neu geschaffene Ministerium für ethnische Gleichstellung. Sie ist die Schwester der 2018 ermordeten Stadtparlamentarierin Marielle Franco aus Rio de Janeiro. Sie gehört zu einem Bündnis von Feminist*innen, die neben ihrem Kampf gegen Antirassismus vor allem eine Politik gegen häusliche und politische Gewalt gegenüber (schwarzen) Frauen in der Regierungsarbeit verankert wissen wollen.

Positiv stimmt die Tatsache, dass neben dem mächtigen Agrarministerium erneut ein Umweltministerium geschaffen wurde, dass zudem von einer Ministerin mit Erfahrung geführt wird: Marina Silva war bereits in den beiden ersten Lula Regierungen Umweltministerin (2003-2008). 2008 war sie zurückgetreten, weil sie die damalige Umweltpolitik in Amazonien mit dem Staudambau von Belo Monte und andere Großprojekte nicht länger mittragen konnte und sich damals gegen die Macht der Baugiganten Odebrecht und Co und Agrarindustrie nicht durchsetzen konnte. Sie genießt jedoch hohes Ansehen sowohl bei traditionellen Gemeinschaften in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, - sie stammt aus einer Kautschukzapfertradition -, als auch bei internationalen Klima- und Umweltschützer*innen. Die Aussöhnung zwischen Präsident Lula und ihr war ein wichtiger

strategischer Schritt im Wahlkampf. Marina Silva gehört selbst einer Freikirche an und konnte damit auch bei konservativen Wähler*innen gegen das Zerrbild linker Politik punkten.

Wichtig ist zudem, dass die Indigenenbehörde FUNAI (u.a. Landregulation und Schutz indigener Gebiete) nun hoheitlich unter dem neu geschaffenen Indigenenministerium angesiedelt ist. Unter der Regierung Bolsonaro war diese Behörde ins Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte unter der Evangelikalen Pastorin und Politikerin Damares Alves eingegliedert worden. Zuerst führten finanzielle und personelle Kürzungen dazu, dass die notwendige Arbeit nicht mehr geleistet werden konnte und schließlich wurde die Leitung an bolsonaronvertraute Personen übertragen, die seine Ziele verfolgten, nämlich keinen Zentimeter indigenes Land auszuweisen und stattdessen die Öffnung bereits bestehender Gebiete für wirtschaftliche Interessen zu ermöglichen.

Unter der neuen Führung räumen die Indigenen den Laden auf³. Die Entmilitarisierung ihrer Behörde wird auf allen Ebenen angegangen, das gilt auch für die Behörde für indigene Gesundheit und Bildung SESAI. Die Behörden werden mit Fachpersonal neu ausgestattet, das vertrauenswürdig ist und schnell handlungsfähig sein muss. IBAMA und FUNAI haben zudem die Gesetzesnorm 12 aus dem Jahr 2022 widerrufen, die selbst nicht-indigenen Personen den Holzeinschlag auf indigenem Land erlaubte.

Zwar sind die knappen Haushaltsmittel für die anstehende große Aufgabe ein Problem, aber mit der personellen Besetzung des Ministerinnenpostens durch Sônia Guajajara, die langjährige Vorsitzende der indigenen Bewegung APIB sowie der Leitung des FUNAI durch Joenia Wapixana ein Grund zur Hoffnung auf eine Neuausrichtung indigener Politik zur Sicherung der Territorien. Die Ankündigung des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, dass die eingefrorenen Mittel im Amazonasfonds nun zügig freigegeben werden (35 Millionen Euro) dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Brasilien dringend mehr Mittel braucht, um der illegalen Entwaldung und der fehlenden Strafverfolgung der Verursacher entgegenwirken zu können.

Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit Svenja Schulze auf Antrittsbesuch in Brasilien: 200 Mio. Euro für Sofortprogramm mit Brasilien⁴

Während Scholz mit Lula zusammentraf und über Klimaschutzziele und den Ukrainekrieg konferierte, traf Svenja Schulze die neue Umweltministerin Brasiliens Mariana Silva. Sie verkündete bei dem Treffen die weitreichende finanzielle Unterstützung Deutschlands für Klimaschutz, erneuerbare Energien und eine Verbesserung von Lieferketten.

Die finanzielle Soforthilfe ist ein wichtiges und positives Signal aus Deutschland und entspricht einer der Punkte des EZ-Papiers mit Handlungsempfehlungen⁵, das KoBra und das brasilianische Netzwerk PAD vor Weihnachten an die Ministerin geschickt hatten.

Ab sofort soll es nun also einen neuen Fundo Floresta (Waldfonds) für Waldschutz und nachhaltige Nutzung des Amazonasgebiets geben. Das BMZ stellt dafür 31 Millionen Euro zur Verfügung. In den Waldfonds werden auch Bioökonomieprojekte integriert und es sollen zudem nachhaltige Produktionswege unterstützt werden (z.B. Weiterverarbeitung von Früchten wie Paranüssen oder

³ <https://infoamazonia.org/2023/01/19/funai-inicia-desmilitarizacao-do-quadro-apos-quatro-anos-de-governo-bolsonaro/>

⁴ <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/200-millionen-euro-fuer-sofortprogramm-mit-brasilien-141218>

⁵ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/zur-zukunft-der-kooperation-zwischen-deutschland-und-brasilien-positionen-und-vorschlaege-der-deutschen-und-brasilianischen-zivilgesellschaft>

Açaí-Beeren (Palmfrucht) oder auch von Pflanzen zu Kosmetika und Medizinprodukten. 93 Millionen Euro sind für Wiederaufforstungsprojekte auf abgeholzten Flächen vorgesehen. Die Gesamtunterstützung für die neu gestartete Regierung Brasiliens unter Präsident Lula beläuft sich auf 200 Millionen Euro, sie wurden als schnell abrufbar für die ersten 100 Tage der Regierung angekündigt. Vorgesehen ist von Svenja Schulze auch eine enge Zusammenarbeit mit der Ministerin für indigene Angelegenheiten Sônia Guajajara, um die Situation der indigenen Bevölkerung zu verbessern.

Inwieweit das BMZ auch Kleinprojektefonds mit der lokalen Bevölkerung Amazoniens (Indigene, Babaçunussammlerinnen, u.a.) fördert, ist der Pressemitteilung nicht zu entnehmen. Ebenfalls offen bleibt die Zusage von Investitionen für eine schnelle Wiederherstellung der Umweltgovernance, um der illegalen Entwaldung schnell wirksame Kontrolle und Bestrafung entgegenzusetzen zu können. Hier sind Behörden wie IBAMA und ICM Bio zuständig, die unter der Bolsonaroregierung finanziell und personell heruntergewirtschaftet wurden. Unsicher ist aus den Verlautbarungen ebenfalls, ob die andern Biome Brasiliens ausreichend in die internationalen Klimaschutzanstrengungen eingebunden sind.

Der brasilianische Haushalt hat der Umweltministerin Marina Silva Sonderausgaben in Höhe von 500 Millionen Reais⁶ (ca. 90 Mio. Euro) zugesagt. Der Haushaltsdeckel aus der Bolsonaro Ära muss umgangen werden, um die dringenden und wichtigen Schutz- und Restaurierungsarbeiten angehen zu können. Es geht um einen Umbau der Umweltpolitik, die präventiv vorausschauend und gleichzeitig Themen wie soziale Gerechtigkeit und die kulturelle Diversität des Landes mitdenkt. Lula und Silva haben in Davos und bei der internationalen Klimakonferenz in Ägypten den Vorschlag unterbreitet, die nächste COP 30 nach Amazonien und Brasilien zu holen.

Brasilien produziert in Pernambuco als erstes südamerikanisches Land Grünen Wasserstoff

Als Folge auf den deutschen Energieengpass wegen des Kriegs in der Ukraine strebt die deutsche Politik eine Diversifizierung der eigenen Energielieferant*innen und -quellen an, um sich zukünftig von Russland unabhängig zu machen und die Energiedefizite zu decken. Eine der neuen geopolitischen Strategien für dieses Ziel ist der Grüne Wasserstoff, der zukünftig aus vielen Teilen der Erde nach Deutschland transportiert werden soll.

Das Forschungsministerium schreibt dazu: Mit der Kraft aus Wind, Sonne, Biomasse oder Wasser wird erneuerbare Energie erzeugt. Diese wird genutzt, um Wasser-Elektrolyse zu betreiben. Dabei wird Wasser (H₂O) unter Strom gesetzt, wobei es sich in Wasserstoff (H₂) und Sauerstoff (O₂) teilt. Das Endprodukt findet Verwendung in der Stahl- und Chemieindustrie, als synthetischer Kraftstoff für Elektromobilität und in der Wärmeversorgung (kann wie Erdgas verbrannt werden).

Brasilien ist bei der Produktion in Pernambuco im Nordosten Brasiliens bereits dabei.⁷ Das Unternehmen White Martins ist die brasilianische Vertretung des Technologieunternehmens Linde und versucht, mit ihrer langjährigen Erfahrung zu werben. Der TÜV Rheinland ist aktuell dabei, die Produktion vor Ort zu begutachten und will sie in den kommenden drei Monaten zertifizieren. Damit

⁶ <https://www.gov.br/planalto/pt-br/acompanhe-o-planalto/noticias/2023/01/marina-silva-reposiciona-brasil-nos-compromissos-globais-de-combate-as-mudancas-climaticas>

⁷ <https://www.h2verdebrasil.com.br/noticia/primeiro-hidrogenio-verde-h2v-produzido-na-america-do-sul-e-brasileiro-e-esta-localizado-em-pernambuco/>

gilt diese erste Produktionsstätte in Lateinamerika als klimawirksam (CO₂ reduzierend) und kann im Klimazertifikat-Handel Gewinne erzielen.

Insgesamt sollen jährlich 156 Tonnen Wasserstoff industriell hergestellt werden. Dazu sollen 1,6 MW Solarenergie für die Elektrolyse verwendet werden. Diese wird in Pernambuco gewonnen.

Hier setzen nun die Kritikpunkte der lokalen Gemeinden und betroffener Bevölkerung an, die in den schnellen Ausbau erneuerbarer Energiesysteme in vielen Fällen unzureichend eingebunden ist. Die Wirtschaftsunternehmen haben umgekehrt zu wenig Sensibilität für Menschenrechtsfragen und den Umgang mit z.T. marginalisierten Gruppen. Die Folge ist häufig eine Ablehnung der neuen Energieformen, weil man sich übervorteilt sieht. Die Gefahr besteht, dass den Mitspracherechten lokaler Betroffener zu wenig Zeit eingeräumt wird und man damit dauerhafte Konflikte kreiert. Auch eine mögliche Zertifizierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese vom Produzenten in Auftrag gegeben wird und daher die Interessen der Betroffenen vor Ort nicht ausreichend abbildet.

Die Humanitäre Krise bei den Yanomami, Bolsonaros Erbe und die Spur des Goldes

Survival international, Human Rights Watch und andere Menschenrechtsorganisationen verlangen von Lulas neuer Regierung ein rasches Handeln, um die humanitäre Krise der indigenen Yanomami zu beenden⁸. So reiste der Präsident zusammen mit der Ministerin für indigene Angelegenheiten Sônia Guajajara sowie der Präsidentin der FUNAI Joenia Wapixana schon im ersten Amtsmonat in das Gebiet im Norden des Landes, das seit 1992 demarkiert ist. Seit Ausbruch der Coronapandemie war es zu illegalem Bergbau und zum Eindringen von tausenden illegalen Goldgräber*innen in die Gebiete des indigenen Volks gekommen. Die Hutukara Associação Yanomami schätzt die aktuelle Zahl der Eindringlinge auf 20.000. In der Terra indígena Yanomami in Roraima leben 29.000 Indigene. Allein im Jahr 2021 stiegen die Bergbau-Aktivitäten auf dem Yanomami-Territorium um 46 % an⁹. Außerdem hat sich der Drogenhandel und die organisierte Kriminalität im Grenzgebiet mit Venezuela ausgebreitet, beide leisten finanzielle Unterstützung für die Goldgräber*innen. Die Eindringlinge und der abwesende Staat werden für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Die Übergriffe sind verbunden mit körperlicher und sexualisierter Gewalt an der indigenen Bevölkerung sowie mit quecksilberbelasteten Gewässern durch die Goldsuche.

Hinzu kommt die Unterversorgung im medizinischen Bereich (Malaria) und mit gesunden Nahrungsmitteln. Besonders die Kinder der Yanomami litten unter der prekären Lage. So starben während Bolsonaros Amtszeit (2019-2022) etwa 570 Yanomami Kinder unter fünf Jahren an den Folgen von Unterernährung und aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung¹⁰. Im Fall der Yanomami führt dies zu lebensbedrohlichen Zuständen, die zu einem Genozid führen könnten. 20 Briefe der Yanomami mit Hilfesuchen an den Vorgänger im Präsidentenamt blieben ungehört und ohne Reaktion. Die NGOs klagen daher Bolsonaro wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an und erwarten von Lulas neuer Regierung rasches Handeln. Amazonien darf kein rechtsfreier Raum und Selbstbedienungsladen bleiben. Als erste schnelle Reaktion wurden die schwächsten Patient*innen aus der Region ausgeflogen. Es folgten Nahrungsmittellieferungen in Form von Cestas Basicas, die die

⁸ <https://www.dw.com/pt-br/organiza%C3%A7%C3%B5es-internacionais-pedem-a-lula-prot%C3%A7%C3%A3o-da-amaz%C3%B4nia/a-64522288>

⁹ <https://gfbvblog.com/2023/01/25/gesundheitsnotstand-im-yanomami-schutzgebiet-ehemaliger-regierung-unter-bolsonaro-wird-voelkermord-vorgeworfen/>

¹⁰ <https://apublica.org/2022/12/criancas-yanomami-morrem-13-vezes-mais-por-causas-evitaveis-do-que-media-nacional/>

Luftwaffe über dem Gebiet der Indigenen abgeworfen hat. Sie sollen die Hungerkatastrophe abwenden.

Als weitere Reaktion auf die unterlassene Hilfeleistung an den Yanomami wurden auch 54 für Gesundheit zuständige Behördenmitarbeiter*innen der Behörde für indigene Angelegenheiten FUNAI bzw. Militärs auf entsprechenden Posten entlassen¹¹. Ihre Arbeitsplätze müssen schnell neu und effektiv besetzt werden.

Die Yanomami leben weit von uns entfernt und doch hat ihr Leiden Verbindungen zu uns nach Deutschland und in die Industrieländer. Denn das illegal geschürfte Gold ist womöglich in unseren Mobiltelefonen und Computern gelandet. Dies deckte der unabhängige brasilianische Nachrichtendienst Repórter Brasil Mitte letzten Jahres auf. Die Unternehmenszusammenhänge sind auf der Seite der Gesellschaft für bedrohte Völker¹² ausführlich auf Deutsch dargestellt. So waren die vier führenden IT Unternehmen der Welt - Apple, Google, Microsoft und Amazon - Abnehmer der Produktion der goldverarbeitenden Unternehmen Chimet (aus Italien) und Marsam (aus Brasilien), welche Gold aus brasilianischen illegalen Bergbauminen verwenden.

Aktivitäten in Europa und dem deutschsprachigen Raum

Derzeit finden Gespräche mit Parlamentarier*innen über das EZ Papier von KoBra und dem brasilianischen Netzwerk PAD statt. Auch das BMZ hat auf die Vorschläge reagiert und Gesprächsbereitschaft signalisiert. Am 30. März findet bei Brot für die Welt von 16-18 Uhr im Rahmen der BMZ Woche Lateinamerika/Karibik eine öffentliche Veranstaltung in Berlin statt: „Brasiliens neue Regierung und die Zukunft der deutsch-brasilianischen Kooperation“. Auf dem Podium sind Thomas Fatheuer, Luiz Ramalho und Camila de Abreu vorgesehen. Es handelt sich um eine Kooperationsveranstaltung von: FDCL, KoBra, ASW und Brot für die Welt.

Im März kommt für die regelmäßige Menschenrechtsberichterstattung in Genf eine Gruppe aus Brasilien nach Deutschland. Sie wird dort ihren neuen Schattenbericht vorstellen. Die Gäste werden von **Misereor** begleitet.

Umweltorganisationen wie Greenpeace, die DUH und der WWF haben sich zusammen mit **FDCL**, **ASW**, u.a. in einem offenen Brief anlässlich des Lateinamerikabesuchs von Bundeskanzler Scholz an diesen gewandt und darin die Themen Entwaldungsbekämpfung, Agrarproduktion und EU Mercosur problematisiert. Sie fordern eine grundlegende Überarbeitung des Abkommens, um die sozial-ökologische Transformation partnerschaftlich umsetzen zu können. Hier steht zu befürchten, dass die angemahnten Veränderungen in Bezug auf Menschen- und Arbeitsrechte sowie ökologische Standards nicht im Fokus der Politiker stehen. Beide Seiten wollen Erfolge nachweisen. Der Brief wurde auch von Misereor und Brot für die Welt gezeichnet, er ist nicht öffentlich.

Bei einem gemeinsamen Treffen von KoBra mit Umweltorganisationen wurden Kampagnenschwerpunkte für 2023 ausgetauscht. **Greenpeace** und die **Deutsche Umwelthilfe** arbeiten gemeinsam zum Thema EU Mercosur. **WWF** zur EU Verordnung für Entwaldungsfreiheit und dem Thema Entwaldungsfreie Lieferketten sowie weiteren Wald- und Umweltthemen. Die Befürchtung

¹¹ <https://www.dw.com/pt-br/governo-exonera-gestores-de-sa%C3%BAde-ind%C3%ADgena-e-chefes-da-funai/a-64503649>

¹² <https://gfbvblog.com/2022/08/09/die-wege-des-illegalen-goldes-wie-illegales-gold-aus-indigenen-territorien-in-brasilien-auf-unsere-mobiltelefone-und-computer-landet/>

steht im Raum, dass es unter Lula zu einer Neubelebung des Ausbaus von Wasserkraft kommen könne.

Ende März/Anfang April wird es Regierungskonsultationen zwischen Brasilien und Deutschland geben. Im Oktober/November folgen dann die ersten gemeinsamen Regierungsverhandlungen beider Regierungen. **KoBra** hat in seinen Schreiben an das BMZ und in Gesprächen mehrfach darauf hingewiesen, dass hier nicht nur die Anhörung der Zivilgesellschaft im Vorfeld nötig ist, sondern auch eine Öffnung der Verhandlungen für Beobachter*innen wünschenswert wäre.

Auf der Seite der **Rosa-Luxemburg-Stiftung**¹³ ist eine umfassende Einschätzung zu den weiteren Chancen und Risiken des EU Mercosur Abkommens erschienen. Die Autorin Claudia Horn erläutert, was auf dem Spiel steht. Lula hat sich positiv zu Neuverhandlungen mit gewissen Nachbesserungen (geistige Eigentumsrechte sowie umwelt-, klima- und industriepolitische Maßnahmen) geäußert. Er muss bald Erfolge vorweisen und erhält hier Unterstützung von seinem Finanzminister Haddad und dem Minister für Außenpolitik Mauro Vieira. Aktuell wird der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im Nationalkongress neu zusammengestellt. Er wird für die Bewertung des Abkommens zuständig sein. Paraguay, Argentinien, Uruguay und Brasilien sind Erzeuger für fast 80 % der Rindfleischimporte der EU. Sowohl die Rindfleisch- als auch die Ethanolexporte der Mercosur-Länder sollen drastisch erhöht und in Bezug auf Zölle erleichtert werden.

Ende März (24.-26.03.2023) findet in Freiburg die **KoBra Frühjahrstagung** statt: FJT 2023 - Energiewende für wen? Potential und Konflikte bei erneuerbaren Energien in Brasilien. **Programm und Anmeldung sind auf der KoBra Webseite**¹⁴: Brasilien deckt bereits circa 80 Prozent seines elektrischen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien. Damit ist das lateinamerikanische Land Deutschland weit voraus. Die geografischen Charakteristiken bieten ein großes Potential für die Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Wasser.

Zunehmend wird jedoch von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen das Konzept eines "grünen Extraktivismus" kritisiert. Oft führen Großprojekte von staatlichen und multinationalen Konzernen zu erheblichen sozialen Folgen und Umweltschäden. Kann man wirklich von Nachhaltigkeit reden, wenn indigene Gemeinschaften von ihren Territorien vertrieben werden? Wer profitiert wirklich von diesen Projekten, auch hier in Europa? Gleichzeitig möchten wir auch auf positive Beispiele schauen, die von der lokalen Bevölkerung ausgehen.

Abschließend noch der Hinweis auf eine Petition der **Brasilieninitiative Freiburg**:

<https://weact.campact.de/p/vw-sklaverei>

Der VW-Konzern weigert sich bis heute, den noch lebenden Landarbeitern eine Entschädigung für die menschenunwürdige Behandlung auf der VW-Rinderzuchtfarm Rio Cristalino in den 1980er Jahren zukommen zu lassen. Am 19. Mai 2022 griff deshalb die brasilianische Bundesstaatsanwaltschaft die Ereignisse auf der Farm auf und eröffnete ein Ermittlungsverfahren gegen Volkswagen, dem am 14. Juni 2022 ein erster Anhörungstermin in Brasília folgte. Das Ergebnis der Anhörung in Brasilien war ein erneutes Treffen am 29. September, ein weiteres folgte am 29. November. Die bisher erfolglos verlaufenen Gespräche sollen jetzt am 29. März 2023 fortgesetzt werden. Wir fordern von VW, die Verzögerungstaktik aufzugeben und das damalige Fehlverhalten anzuerkennen. Es gilt auch der Zahlung einer Entschädigung zugunsten der eindeutig als Opfer identifizierten Arbeiter auf der VW-Farm und der Einrichtung eines Opferfonds zuzustimmen.

¹³ <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/lula-eu-mercosur/>

¹⁴ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/fjt-2023-energiewende-fuer-wen-potential-und-konflikte-bei-erneuerbaren-energien-in-brasilien>